

vorhebung GS) (XNA, 16., 23.-30.10., 18., 20., 26.11.07; HB, 24.10.07; NZZ, 25.10., 8.11.07; FAZ, 25.10.07; WSJ, 24.10.07; XNA, 26.11.07, nach BBC PF, 28.11.07)

Gesellschaft

Günter Schucher

Hu Jintao fordert soziale Gerechtigkeit

„Wir müssen auch soziale Fairness und Gerechtigkeit gewährleisten und beständig soziale Harmonie durch Entwicklung fördern“, forderte Hu Jintao, Generalsekretär der Kommunistischen Partei Chinas, in seinem Bericht an den XVII. Parteitag und verwies damit auf eines der zentralen Probleme (und Erfordernisse) in der chinesischen Gesellschaft. Gerechtigkeit und Harmonie, so Hu, seien ein unbedingtes Erfordernis zur tatsächlichen Verwirklichung des neuen „Wissenschaftlichen Entwicklungskonzepts“, das er im dritten Abschnitt seiner Rede als vorläufige letzte ideologische Er rungenschaft und neue Leitlinie der chinesischen Kommunisten darstellte.

Etwas konkreter wurde er dann im achten Abschnitt, in dem er auf die „Verbesserung der Lebensbedingungen des Volkes“ zu sprechen kam. In fünf Punkten machte er mehr oder weniger direkt deutlich, wo es überall an Gerechtigkeit mangelt: in der Bildung („Bildungsgerechtigkeit ist eine wichtige Grundlage für soziale Gerechtigkeit“), auf dem Arbeitsmarkt („gleiche Beschäftigungsmöglichkeiten für Stadt- und Landbewohner sichern“), beim Einkommen („gerechte Einkommensverteilung

ist ein wichtiger Indikator für soziale Gerechtigkeit“), bei der sozialen Absicherung („soziale Sicherheit ist eine wichtige Garantie für soziale Stabilität“) und im Gesundheitswesen („Gesundheit bildet die Grundlage für die allseitige Entwicklung des Volkes und hat direkten Einfluss auf das Glück jeder Familie“).

Grundsätzlich, so der sechste und letzte Punkt, müsse die Partei das soziale Management verbessern und soziale Stabilität und Einheit gewährleisten. Stabilität sei die gemeinsame Sehnsucht des chinesischen Volkes und eine wichtige Voraussetzung für Reform und Entwicklung. Die parallele Nennung von Stabilität und Einheit verweist dabei zum einen auf die große Bedeutung, die beiden Zielen für den Erhalt des Systems beigemessen wird, könnte aber auch so gelesen werden, dass die Kräfte, die ihre Interessen – zum Beispiel zur Gleichstellung von Migranten oder zur Verbesserung der Arbeitssicherheit (beides wird hier erwähnt) – offen vertreten, mit den ebenfalls hier genannten Kriminellen und Separatisten in einen Topf geworfen werden.

Etwas zynisch klingt auch die Aufforderung, Widersprüche im Volk angemessen zu behandeln und das System der Abwicklung von Beschwerden in Form schriftlich oder persönlich vorgebrachter Petitionen zu verbessern, wenn man bedenkt, dass gerade vor und während des Parteitags nicht nur alle Petitionäre an der Abgabe von Beschwerden gehindert wurden, sondern auch das sog. Petitionsdorf, wo diese auf die Behandlung ihrer Anliegen warten, geräumt wurde. Die *South China Morning Post* berichtete z.B. von einer Petition bzw.

einem offenen Brief mit 12.125 Unterschriften aus 30 Provinzen, die die sozialen Probleme wie Landnahmen, Umsiedlungen, Arbeitslosigkeit und Umweltverschmutzung hervorhob und von der KPCh demokratische Reformen forderte. Der Zeitung (bzw. Xinhua) zufolge soll der Minister für öffentliche Sicherheit, Zhou Yongkang, die Polizei aufgefordert haben, für den Kongress den Einfluss aller „unharmonischen Faktoren“ zu reduzieren. „Alle Polizeibteilungen sollten Dispute und Ungewissheiten an der Basis zu lösen versuchen, wenn sie auftreten, und ihre Auswirkungen zu minimieren suchen.“ (CCTV-1, 15.10.07, nach BBC PF, 16.10.07; XNA, 16.11.07, nach BBC PF, 18.11.07; SCMP, 10.10.07)

Hu Jintao und die neuen sozialen Schichten

In seiner Begründung für die Schaffung eines neuen Entwicklungskonzepts verwies Hu Jintao u.a. auch auf die Tendenzen zur Pluralisierung in der chinesischen Gesellschaft. Wörtlich nannte er als neue Charakteristika der chinesischen Entwicklung u.a., dass „die Forderungen des Volkes nach Autonomie, Wahlmöglichkeiten, Verschiedenheit und Variation in seinen ideologischen Aktivitäten deutlich zugenommen haben“, dass sich „die gesellschaftliche Dynamik sichtbar erhöht“ habe und dass „soziale Strukturen, Formen der sozialen Organisation und die Herausbildung sozialer Interessen tief greifende Veränderungen durchlaufen haben“. Hierauf reagiere die Partei mit ihrem Konzept, das im Kern auf den „Menschen zentriert“ sei. Hus Vorgänger Jiang Zemin hatte unter Berücksichtigung der gesellschaftlichen Dynamik mit seinem Kon-

zept der „Drei Repräsentationen“ bereits die Partei für die neuen und wachsenden gesellschaftlichen Schichten geöffnet. Hu wiederum widmete einen großen Abschnitt seiner Rede der Ausweitung der innerparteilichen Demokratie, mit deren Hilfe die nun z.B. durch die Aufnahme von Privatunternehmern in die Partei hineingeholten gesellschaftlichen Widersprüche ausgeglichen werden sollen: Die innerparteiliche Harmonie, so Hu, müsse verstärkt werden, um die gesellschaftliche Harmonie zu fördern.

Bereits im Vorfeld des Parteitags hatte die Nachrichtenagentur Xinhua Zahlen zur sozialen Zusammensetzung der Partei genannt, allerdings nicht ausgewiesen, wie groß der Anteil der Privatunternehmer ist. Den Angaben zufolge dürfte er bei etwas unter 5% (die Kategorie der „Anderen“) liegen, denn 3,18 Mio. Parteimitglieder sollen in Privatunternehmen arbeiten (4,3% von 73,36 Mio. Mitgliedern). Verglichen mit dem Jahr 2002 sei die Zahl der Privatunternehmer um 113,4% gestiegen. Laut Xinhua haben 134.000 Mitglieder der „neuen sozialen Schichten“ die Parteimitgliedschaft beantragt, „einige“ seien zugelassen worden und ca. 64.000 von ihnen dürften in Bälde in die Partei eintreten dürfen.

Die Größe der „neuen Schichten“, die Privatunternehmer, qualifizierte Techniker, Manager und Selbstbeschäftigte umfassen und offiziell erstmals von Jiang Zemin im Jahr 2001 so bezeichnet wurden, gibt Xinhua mit 50 Mio. an, die insgesamt über 10 Billionen CNY Kapital als Eigentümer oder Manager verfügen. Einem Untersuchungsbericht zufolge, der in der Wochen-

zeitung der Zentralen Parteihochschule erschien, streben diese Schichten zunehmend nach politischen Äußerungsmöglichkeiten: In Changzhou (Provinz Jiangsu) halten 84,06% von ihnen ihre politische Beteiligung für wichtig, aber unzureichend. In Shenzhen (Guangdong) sind nur 19% mit ihrer Beteiligung zufrieden. Die *China Daily*, die über diese Befragungen berichtet, hebt zugleich hervor, dass es den neuen Schichten um die Lösung von Problemen gehe, nicht um die Förderung neuer politischer Ideen. (CCTV-1, 15.10.07, nach BBC PF, 16.10.07; XNA, 8.10.07; CD, 7.11.07)

Umgehung des Arbeitsgesetzes gescheitert

Am 1. Januar 2008 wird das neue Arbeitsvertragsgesetz (AVG) in Kraft treten, das allen Arbeitskräften in allen Unternehmen größere Rechtssicherheit bieten soll. Vor allem der verordnete Abschluss von Arbeitsverträgen war bei ausländischen Firmen auf große Unzufriedenheit gestoßen, deren Vertreter z.T. von der „Rückkehr der eisernen Reisschale“ sprachen (s. die Analysen in C.a., 4/2006:47ff. und 5/2007:96ff.). Diesen Regelungen zufolge haben die Firmen mit allen Angestellten, die zehn Jahre in Folge bei ihnen beschäftigt sind, unbefristete Verträge zu schließen.

Anfang November 2007 erregte das Unternehmen Huawei Technologies Co. Ltd. in Shenzhen, Chinas größter Hersteller von Ausrüstungen für Telekommunikationsnetzwerke, große Aufmerksamkeit, als bekannt wurde, dass es ca. 7.000 Arbeitskräfte, die seit mindestens acht Jahren dort beschäftigt sind, zur „freiwilligen“ Kündi-

gung aufgefordert hatte. Sie sollten sich dann auf die Arbeitsplätze neu bewerben und neue Arbeitsverträge abschließen; denjenigen, die nicht wieder eingestellt würden, bot Huawei Abfindungen zwischen 20.000 und 160.000 CNY an. Begründet wurde der Schritt mit der notwendigen Reform des alten Personalverwaltungssystems, nach dem ältere Mitarbeiter automatisch eine bessere Bezahlung erhalten.

Huaweis Schritt wurde von den meisten Kritikern als Versuch gewertet, die Bestimmungen des neuen AVG zu umgehen. Der Druck auf das Unternehmen wurde schnell sehr groß und nach Verhandlungen mit der Gewerkschaft wurde am 10. November verkündet, man ziehe den Plan zurück. Huawei scheint aber nicht das einzige Unternehmen zu sein, das versucht hat, das neue AVG im Vorfeld zu unterlaufen. Bekannt wurde zumindest ein ähnlicher Fall bei der Shixin Electronics Company in Dongguan (Guangdong), wo Arbeiter wegen Kündigungen und zu geringer Abfindungen auf die Straße gingen. In Shenzhen wurde eine Gewerkschaftsaktivistin, die sich für die Bekanntmachung des neuen Gesetzes unter Migranten einsetzte, tödlich angegriffen. Die *Straits Times* berichtete, dass die Regierung aufgrund der weiten Verbreitung der genannten Praktiken eine spezielle Verordnung plane, die die Unternehmen an der Umgehung hindern soll. Interessanterweise kritisierten in einer Umfrage von Sina.com nur 54% von 10.410 Abstimmenden Huaweis Vorgehen als inakzeptabel, aber 40% hielten die Regelung über unbefristete Verträge für „nicht gut für die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen“.

Das Arbeitsministerium meldete unterdessen, dass das Beschäftigungsziel von neun Mio. neuer Arbeitsplätze in diesem Jahr bereits Ende Oktober mit 113% übererfüllt wurde, also zehn Mio. bereits geschaffen wurden, und die Beschäftigungslage daher stabil sei. Immer mehr Menschen finden dabei Anstellung in privaten Unternehmen, deren Förderung auch Hu Jintao in seinem Parteitagbericht ausdrücklich forderte. In den Jahren von 2002 bis 2006 fanden insgesamt 43,9 Mio. Städter Arbeit im nicht öffentlichen Sektor, während die Zahl der Beschäftigten in staats- und kollektiveigenen Unternehmen um 10,7 Mio. abnahm. Auch die kleinstädtischen Unternehmen entwickeln sich nach Angaben des Agrarministeriums stetig, hier werden im Jahr 2007 rund vier Mio. Menschen neu angestellt werden, womit die Unternehmen insgesamt 150 Mio. Beschäftigte haben werden. Eine ausführliche Darstellung der Errungenschaften der Arbeitsmarktpolitik präsentierte Arbeitsminister Tian Chengping am 1. Oktober in der Zeitschrift *Qiushi*. (XNA, 5., 16.10., 2., 10.11.07; SCMP, 11., 26.11.07; ST, 10.11.07; *Qiu-shi*, 1.10.07, nach BBC PF, 12.10.07)

Ländliche Einkommen stiegen schneller

Das Nationale Statistikbüro (NBS) meldete Ende Oktober 2007, dass erstmals seit Jahren die ländlichen Einkommen schneller gestiegen seien als die städtischen. In den ersten drei Quartalen des laufenden Jahres nahmen die ländlichen Einkommen danach inflationsbereinigt um 14,8% zu und erreichten ein Durchschnittseinkommen pro Person von 3.321 CNY (305 EUR),

während die städtischen Einkommen nur um 13,2% zulegten (Durchschnitt: 10.346 CNY/949 EUR). Bis zum Jahr 2006 hatte sich die Einkommensschere noch vergrößert, und zwar waren die Jahreseinkommen der Städter im Jahr 2004 3,21-mal größer als die der Landbewohner, ein Wert, der bis zum Jahr 2005 auf 3,22 und bis zum Jahr 2006 auf 3,28 gestiegen war.

Ergänzend dazu meldeten die *Nachrichten für Außenhandel*, dass das „Hinterland“ deutlich an Kaufkraft gewinne und vor allem die „Städte der zweiten Reihe“, aber auch die weiteren Reihen an Konsumnachfrage zulegten. Zur zweiten Reihe zählen prosperierende Städte in den Shanghai-Nachbarprovinzen Zhejiang und Jiangsu oder Dalian im Nordosten und Chengdu im Südwesten. Viele der insgesamt 113 chinesischen Millionenstädte sind im Westen allerdings noch unbekannt; doch auch hier bilden sich kaufkräftige Schichten heraus, die höherwertige Güter konsumieren wollen. (XNA, 26.10.07; NfA, 2.11.07)

Drei-Schluchten-Staudamm in der Kritik

Ein ungewöhnlich offen kritischer Beitrag der Nachrichtenagentur Xinhua vom 11. Oktober 2007 über den Drei-Schluchten-Staudamm hat eine Fülle von Artikeln in der ausländischen Presse veranlasst, die sich in der Kritik und den Warnungen vor diesem Großprojekt, die lange vor Baubeginn im Jahr 1994 bereits geäußert wurden, mehr als bestätigt fühlte. Der Beitrag bezog sich auf ein Forum in Wuhan im September, auf dem Regierungsvertreter und Experten zugaben, dass das Staudammprojekt zu so starken ökologischen Problemen

geführt habe, darunter häufigeren Erdbeben und größerer Verschmutzung, dass es zu einer „Umweltkatastrophe“ kommen könne, wenn keine Präventivmaßnahmen ergriffen werden. Tan Qiwei, einer der Vizebürgermeister der Stadt Chongqing, berichtete den Forumsteilnehmern, dass es an den Ufern des Stausees bereits an 91 Stellen zu Erdbeben und auf einer Strecke von insgesamt 36 km zu Unterspülungen gekommen sei.

Mit Bezug auf einen Entwicklungsplan für die ländlichen und städtischen Bereiche Chongqings für die Jahre 2007 bis 2020, der am 20. September vom Staatsrat angenommen worden war, erklärte Vizebürgermeister Yu Yuanmu im Oktober, dass in den nächsten 10 bis 15 Jahren noch mindestens vier Mio. Menschen aus dem Bereich des Wasserreservoirs umgesiedelt werden müssten. Diese nordöstlich und südwestlich von Chongqing wohnenden Menschen sollten um ca. eine Busstunde in die Außenbezirke verlagert werden. Dies sei einerseits wegen der ökologischen Situation, die die weitere Stadtentwicklung hier nicht möglich mache, und andererseits wegen der Überbevölkerung und der fehlenden Bedingungen für industrielle Entwicklung notwendig. Das Ausmaß der weiteren geplanten Umsiedlungen wird deutlich, wenn man bedenkt, dass bisher „erst“ 1,2 Mio. Menschen umgesiedelt wurden und die Zahl bis Sommer nächsten Jahres, dem Abschluss der Umsiedlungen, auf „nur“ 1,4 Mio. steigen soll.

Die Xinhua-Meldung erschien – eventuell nicht unbeabsichtigt – vor dem XVII. Parteitag der KP Chinas. Unmittelbar danach besuchte am 8. November der stell-

vertretende Ministerpräsident Zeng Peiyan die Gemeinde Wushan in Chongqing und forderte die Regierungen der Staudammrainer Chongqing und Hubei dringend auf, ihre Anstrengungen zur Vorbeugung geologischer Katastrophen und zum Schutz der Umwelt zu verdoppeln. Eine Woche später widersprach Wen Tianping, Sprecher der Chongqing Regierung, den bisherigen Presseberichten, die Yu Yuanmu falsch zitiert hätten. Der Umsiedlungsplan habe mit ökologischen Bedenken nichts zu tun und sei Teil der Urbanisierungsbestrebungen der Stadt mit dem Ziel, die Einkommenslücke zwischen Stadt und Land bis zum Jahr 2020 zu verringern.

Am gleichen Tag, dem 15. November, verkündete der Direktor des Büros des Drei-Schluchten-Damm-Projektkomitees beim Staatsrat, Wang Xiaofeng, dass die Schäden, die der Staudamm hervorgerufen habe, geringer seien als früher befürchtet: Das Ausmaß an Erdbeben, Verschlammung und Algenblüte bewege sich unterhalb der Schätzungen der Machbarkeitsstudie des Jahres 1991 und insgesamt sei die Situation zu managen. Auf einem Forum im September, so berichtet die *New York Times* anhand seines Redemanuskripts, soll Wang allerdings stärker gewarnt haben. Jetzt hob er hervor, dass es eventuell Unterspülungen und Erdbeben gegeben habe, sein Büro jedoch Gegenmaßnahmen ergreife wie Aufforstung und Zementierung von Felsstrukturen. Auch habe man keine Anzeichen von Erdbeben messen können. Deren Häufigkeit und Intensität sei wie vor dem Bau des Damms und stellten keine Gefahr dar.

Laut *Wall Street Journal* sind bereits

Tausende von Anwohnern des Wasserreservoirs wegen der Landrutsche zur erneuten Verlegung ihres Wohnsitzes gezwungen worden, die im Chinesischen als „Zweimal-Migranten“ bezeichnet werden. (XNA, 11.10., 9., 15., 20.11.07; IHT, 13./14.10., 22.11.07; ST, 12.10., 23.11.07; WSJ, 12.10., 19.11.07; FAZ, 17.10.07; FT, 1.11.07)

Außenwirtschaft

Marcus Conlé

Auch die EU drängt auf schnellere Aufwertung des Yuan

Die EU zeigt sich besorgt wegen des Wertverlustes des Yuan gegenüber dem Euro. Zwar hat die chinesische Währung seit dem Sommer 2005, als die Regierung die strikte Anbindung an den US-Dollar zugunsten eines crawling peg aufgegeben hatte, um gut 10% gegenüber dem US-Dollar zugelegt. Da der Dollar selbst jedoch in den letzten Monaten stark an Wert verloren hat, bedeutete dies dennoch eine relative Abwertung des Yuan gegenüber dem Euro. Daher fürchtet die EU, dass sie den Hauptteil der weltweiten makroökonomischen Anpassung tragen muss.

Anders als zuvor, als einzig die US-Amerikaner die chinesische Regierung auf eine schnellere Flexibilisierung des Yuan drängten, während sich die EU mit ihrer Kritik zurückhielt, verstärkt nun auch sie den Druck auf China. Beim G7-Treffen der Finanzminister und Präsidenten der Zentralbanken Ende Oktober 2007 wurde China dazu aufgefordert, die steigen-

den Überschüsse in seiner Leistungsbilanz durch eine schnellere Aufwertung des Yuan zu stoppen. Claude Juncker, der luxemburgische Ministerpräsident und Vorsitzende der Ministergruppe, kündigte an, das Problem bei einem Treffen mit seinen chinesischen Amtskollegen Ende November in Beijing zu diskutieren. Zur Unterstützung werden ihn der EU-Währungskommissar Joaquin Almunia und Jean-Claude Trichet, Präsident der europäischen Zentralbank, auf der Reise begleiten.

Gegner einer schnellen Anpassung des Yuan innerhalb der chinesischen Regierung befürchten, dass die arbeitsintensiven Industrien, die über nur geringe Gewinnmargen verfügten, einen Anstieg des Yuan nicht verkraften würden. Dies widerspricht allerdings den bisherigen Beobachtungen (siehe auch C.a., 4/2007:148). Nach einem Bericht der Deutschen Bank hat selbst der Textilsektor trotz der Aufwertung des Yuan während der letzten beiden Jahre seine Gewinnmarge im Jahr 2006 steigern können.

China-Spezialist Nicholas Lardy vom Peterson Institute for International Economics in Washington weist darauf hin, dass sich Chinas Exporte zwischen den Jahren 2004 und 2007 vervierfacht haben. Offensichtlich sei die Wettbewerbsfähigkeit chinesischer Produkte stärker, als es die Kritiker zuzugeben bereit seien.

Diese Einschätzung wird von anderer Seite bestätigt. Statistiken aus China, Hongkong und den USA zeigen, dass die chinesischen Exportpreise seit den letzten 18 Monaten wieder steigen, nachdem sie in den vorangegangenen fünf Jahren beständig gesunken waren. Wie Jing Ulrich, Leiterin der Anleihensparte von JP Morgan in